

Integration und Hegemonie. Die Europapolitik der USA nach dem Zweiten Weltkrieg

Kurzzusammenfassung des Vortrags vom 03.12.2007

Prof. Dr. Hans-Jürgen Schröder

Hans-Jürgen Schröder (Universität Gießen) bettete die Thematik in den größeren Kontext der Geschichte der US-amerikanischen Politik im 20. Jahrhundert ein. Der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg und die Russische Revolution unterstreichen die große Bedeutung des „Doppeljahres“ 1917 für den weiteren Verlauf. US-Präsident Woodrow Wilsons liberale Ordnungspolitik eröffnete der weltweit ausgerichteten „Pax Americana“ eine Perspektive. Schröder verwies auf die unterschiedlichen Europa-Konzepte der Zwischenkriegszeit. „Mitteleuropa“, das deutsche Konzept eines Friedrich Naumanns von 1915 mit Ausschließlichkeitscharakter stand der „Paneuropa“-Idee des Coudenhove-Kalergi eines Großeuropas gegenüber, die Frankreichs Politiker Aristide Briand am 17. Mai 1930 in einem Memorandum aufgriff. All diese historischen Rückgriffe funktionierten jedoch nicht. Die USA torpedierten den Paneuropa-Plan hinter den Kulissen, bevor Berlin dazu offiziell Stellung nehmen konnte, was Schröder als Beispiel für die indirekt wirksame informelle US-Europapolitik der 1930er Jahre wertete. Die Deflationspolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning war strategisch angelegt, um andere europäische Staaten in den Krisenbewältigungsstrategien zu überflügeln und unter reparationspolitischen Druck zu setzen – für die USA eine schwer zu bewältigende Herausforderung. Deren Politik reagierte mit einer Art „economic appeasement“, um politische Spannungen in Europa abzubauen. Im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa gelang es US-Präsident Franklin D. Roosevelt die US-amerikanische Öffentlichkeit auf Kriegseintrittskurs zu bringen, was Schröder als „politische Meisterleistung“ bezeichnete. Die Grundstimmung war bis dato pazifistisch und non-interventionistisch. Die 1941 verkündeten „Vier Freiheiten“ und die Atlantik-Charta knüpften an die 14 Punkte von Wilson aus dem Ersten Weltkrieg an.

Der Zweite Weltkrieg brachte als unerwartetes Ergebnis den Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht. Zur Entstehung und Genesis des Kalten Krieges führte Schröder aus, dass Europa – und nicht Japan – ab 1946/47 Schwerpunkt der US-amerikanischen Kalten Kriegsführung wurde. Dem militärisch konventionellen Übergewicht der UdSSR stand die nuklearpolitische

Dominanz der USA gegenüber. Nachdem es zwischen Moskau und Washington auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom 10. März bis 24. April 1947 zu einem „show down“ in der strittigen Regelung der Reparationsfrage in Bezug auf Deutschland gekommen war, wurden in Europa vor allem die von beiden Seiten besetzten Deutschland und Österreich zu geopolitischen Konfliktfeldern. Kurz nach der Eröffnung der Moskauer Konferenz hatte US-Präsident Harry S. Truman die „containment“-Strategie der USA (Eindämmung des Kommunismus) verkündet. Am 5. Juni folgte die Rede George C. Marshalls in Harvard zur Ankündigung des Europäischen Wiederaufbauprogramms („European Recovery Program“), welches auf eine kapitalistische und privatwirtschaftliche Konzeption, also die US-Konzeption, hinauslief. Die Sowjetunion lehnte unter Führung Molotows schließlich den „Marshall-Plan“ für sich und ihren Einflussbereich ab und brandmarkte diesen als „Dollarimperialismus“. Das Jahr 1947 war so gesehen ein Entscheidungsjahr für Europa. Rund 13 Milliarden Dollar flossen sodann in Form von Gütern, Sachwerten und Waren nach Westeuropa, die die Organization for European Economic Cooperation (OEEC) in Paris zu verteilen hatte. Wichtige ERP-Empfängerländer waren u. a. Frankreich, Italien, Österreich und Westdeutschland einschließlich West-Berlins, d. h. innere und äußere Frontstaaten mit z. T. starken kommunistischen Parteien.

Schröder wandte sich sodann dem Hauptteil seines Referats zu, nämlich der Visualisierung, sprich Propaganda und Vermarktung des Marshall-Plans. Dieser war zunächst kein Selbstläufer, sondern bedurfte der Erklärung und Vermittlung durch spezifische PR-Agenturen und -Strategien, zumal dieses Programm nicht in allen Ländern unumstritten war, z. B. in Frankreich. „Publizität“ war daher eine Verpflichtung, die die ERP-Empfängerländer für den Empfang von Hilfe auf sich nehmen mussten. Die Propaganda des ERP wies eine verblüffende Bandbreite auf: Briefmarken, Broschüren, Filme, Plakate, Puppenspiele, Rundfunksendungen, Theateraufführungen und Zeitungsannoncen dokumentieren dies. „The Marshall Plan at Work“ hatte folgende Ziele:

- Akzeptanz der europäischen Bevölkerungen in den ERP-Ländern zu erlangen;
- Zustimmung der Gesetzgeber in den USA zu gewinnen;
- Eindämmung des sowjetisch-kommunistischen Einflusses in Europa zu erreichen;
- Neutralisierung der europäischen Linken zu bewirken;
- Absatzmärkte für die US-amerikanische Überproduktion zu schaffen.

Programm und Konzeption waren genial und die Themen der Propaganda vielfältig: Arbeitsbeschaffung, Wiederaufbau und Produktivitätssteigerung gingen Hand in Hand. „Hilfe zur Selbsthilfe“, Mitbestimmung „Westdeutschland spricht mit“, „Brücken statt Zäune“, „Gemeinsam Arbeiten“, „Zusammenarbeit schafft Europa“, „Freie Bahn dem Marshall-Plan“, „Frieden - Freiheit - Höherer Lebensstandard“, „Cooperation means Prosperity“, „Frieden und Wohlstand“, „Europa plant – Amerika hilft“ – so und ähnlich lauteten die Parolen und Slogans. Den PR-Kampagnen gelang es damit auch, die Verflechtungen bzw. die Notwendigkeit der Verzahnung der europäischen Wirtschaften aufzuzeigen. Europazüge mit einem ERP-Ausstellungswaggon fuhren durch Deutschland und hielten an verschiedenen Bahnhöfen. Gleichzeitig wurden immer wieder die sowjetische Bedrohung und kommunistische Gefahr für Westeuropa dramatisiert, ja überzeichnet. Schröder machte in seinen an vielen praktischen Beispielen einer power-point-Präsentation deutlich, dass es auch Zielkonflikte der US-amerikanischen Europapolitik gab: die militärstrategische Dominanz sowie die Militarisierung des Kalten Krieges wie der Marshall-Plan-Hilfe spätestens ab 1950, die ökonomische Dominanz der USA, die Dollar-Diplomatie mit der Dominanz dieser Leitwährung (1 Dollar machten 4,20.- DM aus), die Sonderbeziehungen zum Vereinigten Königreich (Großbritannien war auch einer der Hauptempfängerstaaten), der Bilateralismus zu den Staaten in Europa: Die USA schlossen nach dem Muster „divide et impera“ nur Einzelverträge mit den europäischen Ländern ab, obwohl die OEEC ja einen multilateralen Handelsliberalisierungsprozess und Zahlungsausgleich einleiten sollte. Wichtig waren auch Investitionsentscheidungen, die die Abhängigkeit der europäischen Staaten, v. a. der Bundesrepublik, von den USA und damit ihr auch indirekte Einflussnahmen via europäischer Institutionen und Organisationen ermöglichten. Die Absage an die britische Sozialisierungspolitik in Bezug auf das Ruhrgebiet war mit dem ERP verbunden wie auch die Amerikanisierung der europäischen Wirtschafts- und Ordnungspolitik.

Die Analyse der Visualisierung des Marshall-Plans machte deutlich, wie wirksam das Konzept „Tue Gutes und rede darüber“ sein kann. Für die US-Politik bedeutete der Marshall-Plan zahlreiche Vorteile: Das kapitalistisch-privatwirtschaftliche Konzept setzte sich nicht nur im westeuropäischen, sondern auch im transatlantischen Rahmen durch und damit auch die US-Hegemonie durch Demokratie, ein „empire by integration“ und „empire by invitation“ (Geir Lundestad). So stellte sich die „Pax Americana“ als alternativloses Modell dar. Für Europa blieb das ERP ambivalent: Einerseits Wiederaufbauhilfe für Westeuropa, andererseits Teilung und Abtrennung Mittel- und Osteuropas verbunden mit der Teilung Deutschlands,

das gleichermaßen zwangseingebunden wurde. Der für die Spaltung Deutschlands und Europas zu zahlende Preis war und ist dann später von den Deutschen und den Europäern zu bezahlen gewesen. Schröder bezeichnete den Marshall-Plan u. a. als ein unterschätztes Thema für die Geschichte der europäischen Integration, deren Anfang nicht mit dem Schuman-Plan (9.5.1950) oder der Unterzeichnung der Römischen Verträge (25.3.1957) zu datieren sei.